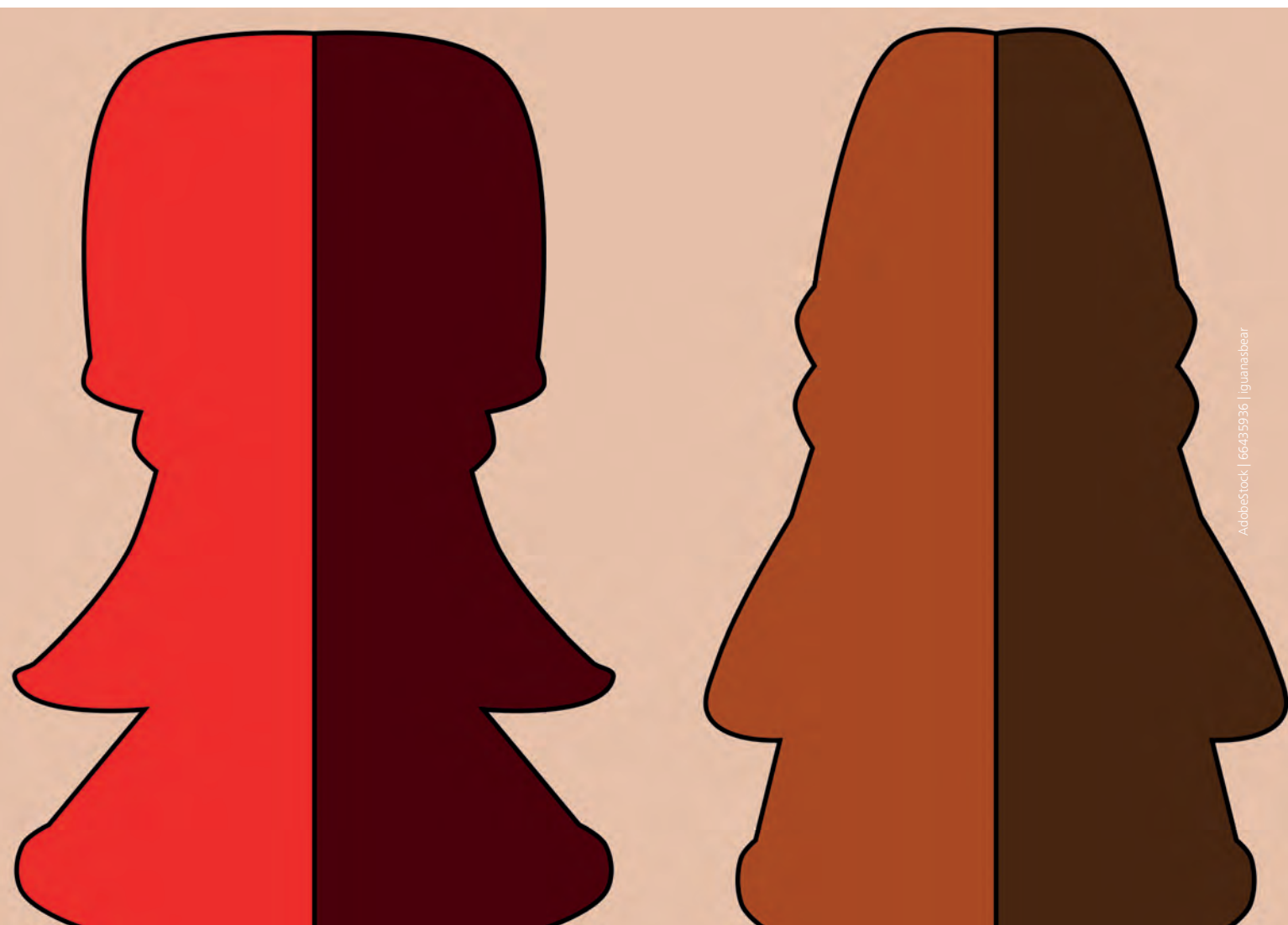


Produzent von Wissen oder Lieferant für Meinungen?

Die ambivalente Rolle von wissenschaftlicher Expertise in der Politik

Timo Leimbach, Universität Aarhus



Wie sehr soll Politik wissenschaftliche Erkenntnisse in die Entscheidungen einbeziehen? Bei Covid-19 schien es, dass Infektionsketten eindeutig sind. Dies führte in Dänemark zum schnellen Ende der kompletten Pelzindustrie. Doch so klar war es dann doch nicht und es zeigte ein grundsätzliches Problem mit jahrhundertlanger Tradition: Welche Rolle spielt wissenschaftliche Erkenntnis in politischen Entscheidungsprozessen?

Am 4. November 2020 verkündete die dänische Staatsministerin Mette Frederiksen, dass alle Nerze in Dänemark aufgrund möglicher Implikationen für eine erfolgreiche Bekämpfung der damals neuen Covid-19-Pandemie getötet werden müssten. Dies stellte keine einfache Entscheidung dar, da schätzungsweise mindestens 15 Millionen Tiere betroffen waren, was ungefähr der dreifachen Anzahl der dänischen Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig war Dänemark bis zu diesem Tag einer der wesentlichen Exporteure von Tierpelzen und dänische Firmen gehörten zu den führenden Pelzhandelsfirmen weltweit. Zwar wäre das Ende der Tierpelzindustrie aufgrund der existierenden EU-Regeln früher oder später gekommen, doch nun wurde es aufgrund der Krisensituation und auf Ratschlag der Experten der dänischen Gesundheitsbehörde mit sofortiger Wirkung umgesetzt. Grundlage dieser Empfehlung war die Befürchtung, dass der Virus durch die Verbreitung über Nerze so mutieren könnte, dass die Schutzwirkung durch die sich in Entwicklung befindenden Impfstoffe gefährdet sein könnte. Verschiedene Laboruntersuchungen verwiesen darauf, dass die in Nerzen gefundenen Covid-19-Varianten resistenter gegen die benutzten Wirkstoffe sind als die bisher bei Menschen vorkommenden Varianten. Dem war vorausgegangen, dass man seit Juni 2020 eine Anzahl von Infektionen bei Nerzen festgestellt hatte und im Zuge dessen auch einzelne Rückübertragungen von Covid-19-Viren auf Menschen, vor allem Züchter und deren Angehörige, stattgefunden hatten. Dementsprechend war es wie bei anderen Epidemien (Schweine- oder Vogelgrippe) auch schon vorher zu lokalen Tötungen und Kontaktsperren gekommen, doch natürlich stellte die Entscheidung, präventiv alle Nerze zu töten, auch ohne konkrete Erkrankung etwas ganz anderes dar.

Grundsätzlich wurden diese Maßnahmen von der Öffentlichkeit begrüßt und als entschiedenes Handeln positiv wahrgenommen. Sehr bald jedoch zeigte sich, dass neben der Problematik der Beseitigung der Tierkadaver, die ein weltweites Echo in den Medien fand, auch der Entscheidungsprozess aus verschiedensten Gründen selbst hinterfragt wurde. Neben der Frage der Kompensationen der Nerzzüchter war hierbei die Entscheidungsfindung als auch die Handhabung des gesamten Prozesses immer stärker Thema und führte am Ende zur Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Diese kam dann im Frühjahr 2022

zu dem Ergebnis, dass insbesondere in der Umsetzung der Entscheidungen durch die Regierung Probleme und Fehler aufgetreten waren. So zeigte sich, dass für die Entscheidung, die Tiere zu töten, zu jenem Zeitpunkt keine rechtliche Grundlage vorhanden war.

Historisches Grundproblem

All dies verweist auf ein Grundproblem in den Wechselbeziehungen von Politik und wissenschaftlicher Beratung. Denn die Untersuchungskommission kritisierte nicht die Ergebnisse und Ratschläge der Wissenschaftler oder gar deren Richtigkeit, sondern vielmehr die Handhabung und Nutzung dieser Expertise im politischen Prozess. Wesentlich dabei war, dass die Expertise bezüglich der Covid-19-Pandemie und der möglichen Bedeutung von Nerzen für diese nun Gegenstand einer länger andauernden Auseinandersetzung um die Nerzzucht wurde, die schon vorher aufgrund tierschutzrechtlicher Bedenken zwischen den verschiedenen Parteien umstritten war.

Diese Problematik ist dabei nicht nur kennzeichnend für eine spezifisch dänische Problemstellung, sondern verweist vielmehr auf ein zugrunde liegendes Problem, welches sich vor allem auch in der Covid-19-Pandemie noch einmal deutlich zeigte, aber auch schon lange vorher existierte, nämlich die Frage, welche Rolle wissenschaftliche Erkenntnis in politischen Entscheidungsprozessen spielt?

Historisch betrachtet war es schon immer so, dass die Politik insbesondere in Krisenzeiten versuchte, sich die Wissenschaft und wissenschaftlichen Rat zunutze zu machen. Erste überlieferte Beispiele hierfür finden sich schon in der Antike, wo beispielsweise Archimedes dazu aufgefordert wurde, sein Wissen zum Bau von Kriegswaffen einzusetzen. Ein weiteres historisches Beispiel ist die letztlich erfolglose Argumentation von Johannes Kepler 1613 auf dem Reichstag für die Einführung des gregorianischen Kalenders, die erst 80 Jahre später erfolgte. Jedoch waren dies eher vereinzelte, episodenhafte Vorkommnisse, was unter anderem mit dem sich nur langsam entwickelnden Wissensstand zu tun hatte. Erst seit der Aufklärung hat die Rolle von wissenschaftlicher Expertise zunehmend an Bedeutung gewonnen, da nun wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend systematischer gewonnen und damit verlässlicher in ihrer Aussagekraft wurden. Gleichzeitig waren wissenschaftliche Erkenntnisse auch



Prof. Dr. Timo Leimbach

Prof. Dr. Timo Leimbach arbeitete nach seiner Promotion an der LMU München zwischen 2008 und 2015 am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, wo er unter anderem in Beratungsprojekten für das deutsche und europäische Parlament als auch für verschiedene nationale Ministerien und die EU-Kommission tätig war. Seit 2015 forscht und lehrt er an der Universität in Aarhus, Dänemark am Center for Science, Technology and Society Studies, wo er sich unter anderem mit Wirkungen digitaler Technologien und Innovationen beschäftigt.

Kontakt

timo.leimbach@cc.au.dk
www.international.au.dk

immer sowohl Gegenstand als auch Mittel politischer Diskurse und Auseinandersetzungen wie im Falle Galileo Galileis.

Neuere Entwicklungen

Somit sind die grundlegenden Mechanismen, aber auch Problemstellungen im Wechselverhältnis von Politik und Wissenschaft, die eben insbesondere im Zuge der Covid-19-Pandemie oftmals diskutiert wurden, nicht wirklich neu. Was sich aber geändert hatte im Laufe der Zeit war die Intensität dieser Beziehungen und damit ihre wechselseitige Bedeutung. Zwar bemühte der expandierende staatliche Verwaltungsapparat seit Beginn der Aufklärung immer wieder wissenschaftliche Rationalität als generelles Argument zur Legitimation von Entscheidungen, aber ein massiver Wandel trat erst im frühen 20. Jahrhundert, insbesondere in der Folge des Zweiten Weltkrieges ein. Ein wesentlicher Aspekt dabei war, dass der technologische Fortschritt bei Kommunikation, Transport, Energieversorgung und Ähnlichem sowie der damit einhergehende Wohlstandsgewinn zu einem zunehmenden Grundvertrauen in wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und die zugrunde liegenden Prozesse und Arbeitsweisen führte. Am deutlichsten wird dies wohl in jenem Technikoptimismus oder Technikglauben, der sich in den 1950er und 1960er-Jahren beispielsweise in den Ideen zur Nutzung der Atomenergie beispielsweise für Autos oder Flugzeuge am deutlichsten spiegelte. Insgesamt hat die Entwicklung gezeigt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zentral für mehr Wohlstand und Fortschritt waren. Dementsprechend wurden diese auch in demokratischen Staaten zu einer weiteren wesentlichen Legitimationsquelle für Entscheidungen. In der Folge kam es zu einem Boom an Expertenkommissionen, Gremien und anderen Beteiligungsformen, mit denen wissenschaftliche Expertise beispielsweise in Ministerien institutionalisiert wurden.

Ein wesentliches Beispiel für diese Entwicklung ist das Beispiel der Mikro- und Makroökonomie. Hier zeigen Untersuchungen der letzten Jahre, wie sich deren Position von einer Rolle als reine Verwaltungsangestellte in den 1930er-Jahren hin zu politischen Beratern in den 1960er und 1970er-Jahren verändert hat. Dies geht einher mit der schon beschriebenen verändernden Rolle wissenschaftlicher Expertise als auch mit der wachsenden Bedeutung ökonomischer Prozesse in einer

Wohlstandsgesellschaft. Insbesondere die wirtschaftlichen Krisen der 1970er-Jahre führten zu einer Verstärkung dieser Entwicklung, zeigten aber gleichzeitig auch erste Grenzen auf. Denn mehr noch als naturwissenschaftliche Erkenntnisse waren die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlich geprägten Ökonomie, die auf Modellen komplexer gesellschaftlicher Prozesse und menschlicher Interaktionen basiert.

Diese Modelle stellten immer auch Vereinfachungen dar, auch wenn viele Wissenschaftler versuchten, diese durch mathematische Modellierung und Quantifizierung zu untermauern. Dies gelang jedoch nur bedingt und eine wesentliche Ursache dabei war, dass viele Modelle geprägt waren durch weltanschauliche-politische Gesichtspunkte, die sich teilweise auch in den zugrunde liegenden Annahmen widerspiegelten. Dementsprechend gewannen die verschiedenen Modelle und Überzeugungen zunehmend eine wichtige Rolle in der politischen Argumentation, was einherging mit einem Bedeutungszuwachs für die Wissenschaftler. Ein Beispiel hierfür ist der Nobelpreisträger Milton Friedman, dessen wirtschaftspolitische Forschungen einen wesentlichen Einfluss auf die Politik von Ronald Reagan oder Margaret Thatcher hatte.

Dadurch wurden Wissenschaftler durchaus Mitspieler im Machtspiel und konnten Einfluss und Bedeutung gewinnen, aber gleichzeitig wurde Wissenschaft durch die Institutionalisierung in Form von Gremien und Ähnlichem auch Spielball der Politik, denn nicht alle konnten so viel Einfluss gewinnen wie Friedman. Vielmehr wurden nur einzelnen Aspekte und Teilstücke verwendet, sodass Wissenschaftler sich oftmals aus dem Kontext gerissen und missverstanden fühlten. Politische Entscheidungsträger hingegen sahen sich oft mit einer Vielzahl wissenschaftlicher Fakten konfrontiert, die sich durchaus widersprachen. Insgesamt führte dies oftmals zu einer Vielzahl von gewollten oder ungewollten Missverständnissen und Problemen.

Ein aktuelles Beispiel ist die ehemalige britische Premierministerin Lizz Truss, die sich mit ihrer Politik auf Teile von Friedmans Theorien stützte und dafür aber vom Markt „abgestraft“ wurde. Denn während man bestimmt lange über die Erfolge oder Misserfolge der „Reaganomics“ diskutieren kann, wurden diesmal Prinzipien von Friedman aus weltanschaulichen Beweggründen ohne Rücksicht auf die komplexen und vollkommen unterschiedlichen sozio-ökonomische Situation genutzt.

Ambivalenz meistern

Gerade jedoch in Zeiten wachsender Komplexität und Wechselbeziehungen, welche beispielsweise durch die Covid-19-Pandemie und die darauffolgende gesellschaftliche Reaktion und vielleicht noch viel deutlicher durch die Klimaveränderung und die notwendigen Maßnahmen noch einmal verdeutlicht werden, ist Wissenschaft somit nicht nur eine rein neutrale Wissensproduktion und Wahrheitsmaschine. Vielmehr zeigen diese Entwicklungen eben genau die Grenzen moderner Wissenschaften auf: So können selbst komplexe Entwicklungen wie beispielsweise menschliches Verhalten in epidemischen Situationen durch die Zusammenarbeit von verschiedensten Disziplinen aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften verstanden und adressiert werden. Oftmals zeigen sie aber auch auf, wie begrenzt dieses Wissen ist und wie schnell es sich verändern kann. Diese Ambivalenz zu akzeptieren und mit ihr umzugehen ist eine wesentliche Herausforderung sowohl für die Wissenschaft als auch die Politik.

So müssen Wissenschaftler ein Bewusstsein dafür haben, dass ihre Aussagen in einer komplexen Welt Resonanz erzeugen. Dementsprechend gilt es für sie zu bedenken, dass ihr jeweiliger Fachstandpunkt eigenen Rationalitäten folgt, diese aber auch in einem größeren Kontext gesehen werden müssen. So ergeben beispielsweise aus Sicht der Epidemiologie bestimmte Maßnahmen zur Eindämmung von Krankheiten sehr viel Sinn, die sowohl aus Sicht anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie Psychologie als auch aus sozioökonomischen Gesichtspunkten vollkommen anders bewertet werden müssen. In diesem Prozess muss dann eben von allen beteiligten Wissenschaftlern anerkannt werden, dass keine der verschiedenen Fakten und Perspektiven per Definition oder Ursprung höherwertig ist und damit einen höheren Geltungsanspruch ableiten kann.

Ebenso müssen aber auch politische Akteure in Parteien oder anderen gesellschaftlichen Bewegungen verstehen, dass Wissenschaften keine moderne Form eines Steinbruches sind, aus dem man sich jene Stücke herausucht, die am besten zur jeweiligen Situation oder Anschauung passen. Denn aufgrund der komplexen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft sowie der uns umgebenden Natur ist es nicht möglich, einzelne Fakten herauszulösen, ohne zumindest starke Vereinfachungen

oder gar Fehlinterpretationen von Zusammenhängen vorzunehmen. Ein Beispiel für diese Problematik wäre der Schluss, dass Newtons Gesetz der Gravitation falsch sei, nur weil ein Blatt Papier langsamer aus der gleichen Höhe herabfällt als eine kleine Metallkugel mit demselben Gewicht. Dies ist natürlich ein einfaches Beispiel, doch macht es eben deutlich, dass Wissen nie singular benützt werden kann, sondern immer in Beziehung steht, sowohl zu anderen Erkenntnissen, aber heutzutage auch zu gesellschaftlichen Aspekten. Dementsprechend ist die zentrale Frage in diesen Prozessen nicht die Korrektheit eines einzelnen wissenschaftlichen Faktums, sondern vielmehr die Frage der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, die die unterschiedlichen Aspekte abwägen sollen. Diese werden deshalb auch in einem demokratischen System gewählt beziehungsweise auch wieder abgewählt.

Dementsprechend hat sich die Untersuchungskommission zur Tötung der Nerze eben nicht mit der Frage beschäftigt, ob die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Übertragung von Covid-19 durch Nerze richtig oder falsch waren, sondern die politische Verantwortlichkeit der daraus gezogenen Entscheidungen untersucht. Am Ende führte das Ergebnis der Kommission auf politischer Ebene dazu, dass die Regierung nach der Sommerpause Neuwahlen ansetzen musste, da sie das Vertrauen anderer Parlamentarier verloren hatte. Zum Abschluss sei angemerkt, dass die regierende sozialdemokratische Partei von Mette Frederiksen wieder als klarer Sieger mit leichten Zugewinnen aus den Wahlen hervorging. ■

Kurz und Bündig

In Dänemark wurde in der Covid-19-Pandemie vielleicht vorschnell oder als willkommenen Anlass die heimische Pelzindustrie aufgelöst. Daran zeigt sich ein Grundproblem in den Wechselbeziehungen von Politik und wissenschaftlicher Beratung, nämlich die Handhabung und Nutzung dieser Expertise im politischen Prozess. Wissenschaftler wurden im Lauf der Geschichte Mitspieler im Machtspiel und konnten Einfluss und Bedeutung gewinnen, aber gleichzeitig wurde Wissenschaft durch die Institutionalisierung in Form von Gremien und Ähnlichem gleichzeitig auch zum Spielball der Politik.